

PAPERS

**FRITJOF CAPRA, HAZEL HENDERSON
ANDREAS EXNER, SABINE REINER**

**KLIMA-CRASH
UND WIRTSCHAFTSKRISE?
WIE WEITER MIT DEM
WACHSTUM?**

BERLIN, NOVEMBER 2009

Fritjof Capra, Hazel Henderson, Andreas Exner, Sabine Reiner

Klima-Crash und Wirtschaftskrise? Wie weiter mit dem Wachstum?

„3. Tagung des 17. Zentralkabinetts der Zweiten Republik beschließt Wachstumsbeschleunigungsgesetz“, meldet die *taz* am 10.11.09, 20 Jahre nach dem Untergang der vermeintlich ›real-sozialistischen Alternative‹. Die Meldung bezieht sich auf die erste Maßnahme der Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP. Obwohl seit dem Beinahe-Zusammenbruch der Finanzmärkte immer wieder der Zusammenhang der multiplen Krisen, von ökonomischer und ökologischer Krise betont wird, gibt es aus Sicht der Bundesregierung – kurz vor dem bereits im Vorfeld gescheiterten Weltklimagipfel in Kopenhagen – nur einen Weg aus der ökonomischen Krise: durch Wachstum. Doch selbst die globale Wirtschaftskrise sorgte nur für eine minimale Dämpfung des CO²-Ausstoßes: die Emissionen wuchsen 2008 um zwei, 2009 um 2,8 Prozent. In den Jahren zuvor wurde trotz 30 Jahren Umweltpolitik und effizienterer Technologien der Ausstoß klimarelevanter Gase und der Verbrauch von Rohstoffen nicht nur nicht reduziert, sondern sogar beschleunigt. Laut Weltklimarat IPCC entspricht dies dem Worst-Case-Szenario einer drohenden Erwärmung um sechs Grad Celsius – das zwei-Grad-Ziel eines vermeintlich noch beherrschbaren Klimawandels ist bereits verfehlt. „Jeder Versuch, kapitalistisches Wachstum wieder in Gang zu bringen – mithin auch der Green New Deal – steht im direkten Widerspruch zur Lösung der Biokrise“, so Stefan Kaufmann und Tazio Müller in ihrer jüngst erschienenen Studie zum *Grünen Kapitalismus* für die RLS (2009). „Es kann keine ökologische Ökonomie geben ohne ›Wachstumsbefriedung‹“, so auch Wolfgang Sachs vom Wuppertal Institut in einer Debatte um den Green New Deal in der Zeitschrift *luXemburg* (H.1, 2009, 148). Doch, fährt er fort, „wer das Wachstumskapitel in unserem Buch liest, wird feststellen, dass sich dort mehr Fragen als Gewissheiten finden. Vielleicht ist es uns kunstvoll gelungen, dies zu verschleiern. ... Auf diese Fragen haben wir keine Antwort“ (ebd.).

Schluss mit Wachstum. Aus ökologischer Sicht muss die stoffliche Produktion schrumpfen... Aber ist Kapitalismus ohne Wachstum überhaupt möglich? Systemwechsel – wie geht das? Kann uns ein qualitatives oder selektives Wachstum retten? Und wie sind Übergänge einer sozial-

ökologischen Transformation denkbar? Um diese Fragen entspann sich eine Debatte im Rat für radikale Realpolitik – der Zukunftskommission der RLS. Wir möchten in diesem Heft drei Meinungen aus dieser Debatte zu Wort kommen lassen: 1. Fritjof Capra (Center for Ecoliteracy Berkeley) und Hazel Henderson (UN Green Economy Initiative); 2. Andreas Exner (radikaler Ökologe); 3. Sabine Reiner (ver.di/RLS).

Qualitatives Wachstum

Fritjof Capra und Hazel Henderson

Ein konzeptioneller Rahmen, um Auswege aus unserer gegenwärtigen Krise zu finden, die ökonomisch solide, ökologisch nachhaltig und sozial gerecht sind.

Die Krise beherrscht die Nachrichten. Jeden Tag hören wir, dass weniger Autos gekauft werden, Fabriken schließen, der Ölverbrauch (und folglich der Ölpreis) dramatisch sinkt, der Einzelhandel über den zurückgehenden Absatz von Luxusgütern klagt usw. Aus ökologischer Sicht sind all dies gute Nachrichten, denn anhaltendes Wachstum von stofflichem Konsum auf einem endlichen Planeten kann nur in die Katastrophe führen.

Gleichzeitig hören wir jeden Tag, dass Unternehmen auf die sinkenden Absätze mit der Verringerung ihrer Belegschaft reagieren oder Investitionen abziehen. So führt jede Senkung der Überkonsumtion, die ökologisch wünschenswert ist, zu menschlichem Elend aufgrund von Entlassungen. Zugleich werden mehr als zwei Milliarden Menschen, die nicht überkonsumieren, durch konventionelles Wirtschaftswachstum, Freihandel und Globalisierung immer weiter beraubt.

Unsere wesentliche Herausforderung ist, wie wir von einem ökonomischen System, das auf der Vorstellung von unbegrenztem Wachstum beruht, zu einem solchen kommen, das sowohl ökologisch nachhaltig als auch sozial gerecht ist. »Kein Wachstum« ist nicht die Lösung. Wachstum ist eine wesentliche Eigenschaft allen Lebens; eine Gesellschaft oder eine Ökonomie, die nicht wächst, wird früher oder später sterben. In der Natur findet Wachstum jedoch nicht linear und unbegrenzt statt. Während bestimmte Teile von Organismen oder Ökosystemen wachsen, schrumpfen andere und werden, indem ihre Bestandteile abgebaut und wiederverwendet werden, zu Rohstoffen für neues Wachstum.

Im Folgenden wollen wir diese Art von ausgewogenem und facettenreichem Wachstum, auch für die Ökonomie, insbesondere zur Überwindung der derzeitigen Wirtschaftskrise, nutzbar machen. Wir schlagen hierfür den Begriff »qualitatives Wachstum« vor – im Gegensatz zum Konzept des

quantitativen Wachstums, das bislang in der Ökonomie gebräuchlich ist und mit gesellschaftlichem ›Fortschritt‹ gleichgesetzt wird.

Bruttoinlandsprodukt (BIP)

Die meisten Ökonomen bemessen den Reichtum eines Landes immer noch an seinem BIP, das alle wirtschaftlichen Aktivitäten, die mit monetären Umsätzen verbunden sind, unterschiedslos aufaddiert, während alle nicht-monetären Aspekte der Wirtschaft ignoriert werden. Soziale Kosten, wie sie z.B. die durch Unfälle, Kriege, Rechtsstreitigkeiten und im Gesundheitswesen entstehen, zählen als positive Beiträge zum BIP, und das undifferenzierte Wachstum dieser kruden quantitativen Maßzahl wird als Kennzeichen einer ›gesunden‹ Ökonomie angesehen. Der Gedanke, dass Wachstum behindernd, ungesund und krankhaft sein kann, wird von Ökonomen kaum in Erwägung gezogen – obwohl diese Kritik seit Jahrzehnten geäußert wird.

Das Ziel der meisten Volkswirtschaften besteht in unbeschränktem Wachstum ihres BIP durch fortwährende Akkumulation stofflicher Güter und der Ausweitung von Dienstleistungen. Insbesondere die übermäßige Ausweitung von Finanzdienstleistungen überforderte die sog. Realwirtschaft und führte zum Zusammenbruch. Wirtschaftswachstum wird darüber hinaus durch die künstliche Schaffung von Bedürfnissen durch Werbung aufrechterhalten. Die Güter, die auf diese Weise produziert und verkauft werden, werden oftmals nicht gebraucht und sind somit im wesentlichen Müll. Zudem wird die Verschmutzung und Plünderung natürlicher Ressourcen, die durch diese gewaltigen Müllmengen unnötiger Güter verursacht wird, durch die Verschwendung von Energie und Material in ineffektiven Produktionsprozessen weiter verschärft.

Den Trugschluss der konventionellen Auffassung von Wirtschaftswachstum zu erkennen, ist der erste entscheidende Schritt zur Überwindung der Wirtschaftskrise. Die Aktivistin Frances Moore Lappé fügt hinzu: „Da das, was wir als ›Wachstum‹ bezeichnen, größtenteils Verschwendung ist, sollten wir es auch so nennen! Lasst uns von einer Ökonomie des Verschwendung und der Zerstörung sprechen. Lasst uns hingegen Wachstum als das definieren, was das Leben fördert.“ Diese Vorstellung von Wachstum entspricht unserem Verständnis von qualitativem Wachstum – Wachstum, das die Lebensqualität erhöht. In lebenden Organismen, Ökosystemen und Gesellschaften besteht qualitatives Wachstum in einer Zunahme von Komplexität, Verfeinerung

und Reife. Um die Konzepte von quantitativem und qualitativem Wachstum ganz zu verstehen, ist es hilfreich, die Rolle von Quantitäten und Qualitäten in der Geschichte der westlichen Wissenschaft kurz in Erinnerung zu rufen.

Quantität und Qualität in der Wissenschaft

Zu Beginn der modernen Wissenschaft, in der Renaissance, erklärte Leonardo da Vinci, dass der Maler „durch philosophische und feinsinnige Betrachtung alle Qualitäten der Formen berücksichtigt“. Er beharrte darauf, dass die ›Kunst‹ oder Fertigkeit des Malens gestützt werden muss durch die ›Wissenschaft‹ bzw. die gründliche Kenntnis des Malers von den lebenden Formen, durch sein Verständnis ihrer inneren Natur und der ihnen zugrundeliegenden Prinzipien.

Leonardos Wissenschaft beruhte, wie Galileis hundert Jahre später, auf der systematischen Beobachtung der Natur, logischem Denken und Mathematik – dem empirischen Ansatz, der heute als naturwissenschaftliche Methode bekannt ist -, aber ihre Inhalte unterschieden sich sehr von denjenigen der mechanistischen Wissenschaft, die später von Galilei, Descartes und Newton entwickelt wurde. Es war eine Wissenschaft der organischen Formen, der Qualitäten, der Ordnungsmuster und Transformationsprozesse.

Im 17. Jh. forderte Galilei, dass sich Wissenschaftler – um die Natur erfolgreich mathematisch beschreiben zu können – darauf beschränken sollten, solche Eigenschaften materieller Körper wie Umriss, Anzahl und Bewegung zu untersuchen, die mess- und quantifizierbar sind. Andere Eigenschaften wie Farbe, Klang, Geschmack oder Geruch galten als bloß subjektive mentale Eindrücke, die aus dem Bereich der Wissenschaft auszuschließen waren.

Galileis Strategie, die Aufmerksamkeit des Wissenschaftlers auf die quantifizierbaren Eigenschaften der Materie zu lenken, erwies sich in der klassischen Physik als überaus erfolgreich, aber sie forderte auch einen hohen Tribut. In den Jahrhunderten nach Galilei weitete sich der Fokus auf Quantitäten – im Rahmen des mechanistischen Weltbilds der cartesisch-newtonianischen Wissenschaft – von der Untersuchung der Materie auf alle natürlichen und gesellschaftlichen Phänomene aus. Indem Farbe, Klang, Geschmack, Geruch und Tastsinn – ganz zu schweigen von komplexeren Eigenschaften wie Schönheit, Gesundheit oder ethischem

Empfinden – ausgeschlossen wurden, verhinderte das Erfordernis der Quantifizierbarkeit das wissenschaftliche Verständnis vieler grundlegender Eigenschaften des Lebens. Im 20. Jh. legte der enge mechanistische und quantitative Ansatz der Entwicklung von Biologie, Psychologie und Sozialwissenschaften große Stolpersteine in den Weg.

In den letzten drei Jahrzehnten erfuhr Qualität jedoch neue Aufmerksamkeit. In dieser Zeit entwickelte sich an der Speerspitze der Wissenschaften ein neues, systemisches Verständnis von Leben, das in der Tat frappierende Ähnlichkeiten zur Auffassung Leonardos von vor 500 Jahren aufweist. Inzwischen wird das Universum nicht mehr als eine aus elementaren Bauteilen zusammengesetzte Maschine angesehen. Wir haben entdeckt, dass die materielle Welt letztlich ein Netzwerk von Wechselwirkungen ist, und dass der Planet als Ganzes ein ›lebendes‹ und sich selbst regulierendes System ist. Die Vorstellung vom menschlichen Körper als Maschine und vom menschlichen Geist als davon abgetrennte Entität wurde ersetzt durch eine Sichtweise, derzufolge nicht nur das Gehirn, sondern auch das Immunsystem, verschiedene Körpergewebe und sogar die einzelnen Zellen lebendige, kognitive Systeme sind. Evolution wird nicht länger als konkurrenzbetonter Kampf ums Dasein aufgefasst, sondern eher als kooperativer Tanz, der durch Kreativität und das ständige Auftauchen von Neuem angetrieben wird. Mit der neuen Betonung von Komplexität, Netzwerken und Ordnungsmustern entsteht allmählich eine neue Wissenschaft der Qualitäten.

Die ›Natur‹ der Qualität

Im objektiven Sinn bezeichnen die Qualitäten eines komplexen Systems Eigenschaften, die seine einzelnen Teile nicht besitzen. Quantitäten wie Masse oder Energie beschreiben Eigenschaften der Teile und ihre Gesamtsumme beschreibt die entsprechende Eigenschaft des Ganzen, z.B. Gesamtmasse oder -energie. Qualitäten wie Stress oder Gesundheit können hingegen nicht als Summe von Eigenschaften der Teile ausgedrückt werden. Qualitäten entstehen in Wechselwirkungen zwischen den Teilen. Folglich können wir komplexe Systeme wie Organismen, Ökosysteme, Gesellschaften und Ökonomien nicht erfassen, wenn wir versuchen, sie rein quantitativ zu beschreiben. Quantitäten können gemessen werden; Qualitäten müssen entschlüsselt werden.

Während sich die Aufmerksamkeit in den Lebenswissenschaften von Quantitäten auf Qualitäten verlagerte, fand auch in der Mathematik eine entsprechende konzeptionelle Verschiebung statt. Dies begann schon in der Physik in den 1960er Jahren mit der starken Betonung der Symmetrie, einer Qualität, und verstärkte sich in den darauf folgenden Jahrzehnten mit der Entwicklung der Komplexitätstheorie bzw. der Nichtlinearen Dynamik als der Mathematik von Mustern und Wechselbeziehungen. Die seltsamen Attraktoren der Chaostheorie und die Fraktale der Fraktalen Geometrie sind visuelle Muster, die die Qualitäten komplexer Systeme repräsentieren. Im menschlichen Bereich scheint der Begriff Qualität immer den Bezug auf – notwendig subjektive – menschliche Erfahrungen einzuschließen. So kann etwa die Qualität der Gesundheit einer Person auf der Basis objektiver Faktoren eingeschätzt werden, aber sie enthält immer auch die subjektive Erfahrung von Wohlbefinden als bedeutendes Element. Ganz ähnlich leitet sich die Qualität einer menschlichen Beziehung größtenteils von subjektiven wechselseitigen Erfahrungen ab. Die ästhetische Qualität eines Kunstwerks liegt im sprichwörtlichen Auge des Betrachters. Da alle Qualitäten aus Wechselwirkungen entspringen, enthalten sie notwendigerweise subjektive Elemente.

Entsprechend basieren viele der neuen Indikatoren zur Messung des Fortschritts eines Landes auf multi-disziplinären, systemischen Ansätzen mit geeigneten Metriken zur Erfassung unterschiedlicher Aspekte der Lebensqualität. Zum Beispiel erfassen die Calvert-Henderson-Indikatoren der Lebensqualität zwölf solcher Aspekte und verwenden monetäre Maßzahlen nur dort, wo es angemessen ist, während sie auf konventionelle makroökonomische Verfahren der Aggregation all dieser qualitativ verschiedenen Aspekte zu einer einzigen Zahl, wie z.B. dem BIP, verzichten.

Wachstum und Entwicklung

Für Biologen ist Entwicklung eine fundamentale Eigenschaft von Leben. Dem neuen systemischen Verständnis von Leben zufolge gelangt jedes lebende System gelegentlich an Punkte der Instabilität, wo es entweder zusammenbricht oder, was häufiger der Fall ist, spontan neue Formen der Ordnung entstehen. Dieses spontane Entstehen von Neuem ist der dynamische Ursprung von Entwicklung, Lernen und Evolution. Mit anderen Worten: Kreativität, d.h. die

Erzeugung neuer Formen, ist eine wesentliche Eigenschaft lebender Systeme. Leben strebt beständig danach, Neues zu schaffen.

Das biologische Konzept von Entwicklung beinhaltet eine Orientierung auf facettenreiche Entfaltung und das Streben lebender Organismen, Ökosysteme oder menschlicher Gemeinschaften, ihre Potenziale auszuschöpfen. Im Gegensatz dazu beschränken Ökonomen den Begriff Entwicklung im Wesentlichen auf eine einzige ökonomische Dimension, die üblicherweise durch das BIP pro Kopf quantifiziert wird. Die enorme Vielfältigkeit der menschlichen Existenz wird in dieses lineare, quantitative Konzept hinein gepresst und dann in monetäre Kennzahlen umgewandelt. Die gesamte Welt wird auf diese Weise willkürlich in die Kategorien der ›entwickelten‹, ›sich entwickelnden‹ und ›unterentwickelten‹ Länder eingeteilt. Ökonomen berücksichtigen nur Geld- und Zahlungsströme, während sie alle anderen Formen von Reichtum - ökologische, soziale und kulturelle Vermögen – außer Acht lassen.¹

Tatsächlich umfasst die biologische Auffassung von Entwicklung jedoch sowohl quantitatives als auch qualitatives Wachstum. Sich entwickelnde Organismen oder Ökosysteme wachsen entsprechend ihrer jeweiligen Entwicklungsstufe. Typischerweise durchläuft ein junger Organismus Perioden raschen physischen Wachstums. Ökosysteme werden in dieser frühen Phase schnellen Wachstums, die durch die rasante Ausweitung und Kolonisierung des Territoriums gekennzeichnet ist, als Pionier-Ökosysteme bezeichnet. Auf das schnelle Wachstum folgt stets langsames Wachstum, Reife und schließlich Niedergang und Zerfall oder, wie bei Ökosystemen, sog. Sukzession. Während lebende Systeme reifen, gehen sie von quantitativem zu qualitativem Wachstum über.

Das Studium der Natur zeigt uns, dass unbegrenztes quantitatives Wachstum, wie es so energisch von Ökonomen und Politikern vorangetrieben wird, nicht nachhaltig ist. Ein lehrreiches Beispiel ist das schnelle Wachstum von Krebszellen, das keine Grenzen kennt und nicht nachhaltig ist, da die Krebszellen sterben, wenn der Wirtsorganismus stirbt. Genauso kann

1 Ansätze zur Integration qualitativer Indikatoren finden sich in den *Human Development Reports* (<http://hdr.undp.org/en/>), den Arbeiten von Amartya Sen (z.B. *The Idea of Justice*, Harvard University Press 2009) oder dem Bericht der von der EU eingesetzten sog. Glücks-Kommission unter Leitung von Joseph Stiglitz (*Beyond GDP*, September 2009, www.beyond-gdp.eu/de/news.html)

unbegrenzt quantitatives Wirtschaftswachstum auf einem endlichen Planeten nicht nachhaltig sein. Qualitatives Wirtschaftswachstum hingegen kann nachhaltig sein, falls es mit einem dynamischen Gleichgewicht zwischen Wachstum, Niedergang und Regenerierung einhergeht und falls es zudem Entwicklung im Sinne von Lernen und Reifen einschließt.

Die Unterscheidung zwischen quantitativem und qualitativem Wirtschaftswachstum lässt auch das weitverbreitete, aber problematische Konzept der ›nachhaltigen Entwicklung‹ in neuem Licht erscheinen. Falls Entwicklung in dem engen ökonomischen Sinn verstanden wird, der mit der Vorstellung von unbegrenztem quantitativem Wachstum verknüpft ist, kann eine solche wirtschaftliche Entwicklung niemals nachhaltig sein und der Begriff der nachhaltigen Entwicklung wäre ein Oxymoron. Falls jedoch unter Entwicklung mehr als der rein ökonomische Prozess verstanden wird und diese auch soziale, ökologische und psychische Dimensionen umfasst und falls diese mit qualitativem Wirtschaftswachstum verknüpft ist, kann ein solcher vieldimensionaler systemischer Prozess gewiss nachhaltig sein. Es erfordert noch viel Arbeit, Nachhaltigkeit genau zu bestimmen.

Qualitatives Wachstum und globale Krise

Kehren wir nun zur zentralen Herausforderung der ökonomischen und ökologischen Krise zurück: Wie kann die Weltwirtschaft von einem nach unbegrenztem quantitativem Wachstum strebenden System, in ein ökologisch vernünftiges transformiert werden, ohne dabei menschliches Elend durch steigende Arbeitslosigkeit zu verursachen?

Das Konzept des qualitativen Wachstums ist entscheidend für diese Transformation. Anstatt den Zustand einer Ökonomie am BIP abzulesen, müssen wir zwischen ›gutem‹ und ›schlechtem‹ Wachstum unterscheiden. Ersteres muss auf Kosten von letzterem gefördert werden, so dass die natürlichen und menschlichen Ressourcen, die in verschwenderischen und ungesunden Produktionsprozessen gebunden sind, befreit werden können, um sie in effizienten und nachhaltigen Prozessen einzusetzen.

Ein Schritt in diese Richtung war die *Beyond GDP*-Konferenz im Europäischen Parlament im November 2007, die von der Europäischen Kommission zusammen mit dem World Wildlife Fund,

der OECD, EUROSTAT (statistisches Amt der EU) und dem Club of Rome veranstaltet wurde (www.beyond-gdp.eu/de/news.html).

Aus ökologischer Perspektive liegt die Unterscheidung zwischen ›gutem‹ und ›schlechtem‹ Wirtschaftswachstum auf der Hand. Schlechtes Wachstum ist das Wachstum von Produktionsprozessen und Dienstleistungen, die auf fossilen Energieträgern basieren, giftige Substanzen in Umlauf bringen, natürliche Ressourcen aufbrauchen und die Ökosysteme zerstören. Gutes Wachstum ist das Wachstum effizienterer Produktionsprozesse und Dienstleistungen, die erneuerbare Energien verwenden, keine Emissionen verursachen, natürliche Ressourcen beständig wiederverwenden und die Ökosysteme wiederherstellen. Klimawandel und andere Erscheinungsformen der globalen ökologischen Krise erzwingen die Umstellung unserer zerstörerischen Produktionsprozesse auf nachhaltige ›grüne‹ Alternativen – und diese Alternativen werden gleichzeitig unsere Wirtschaftskrise auf sozial gerechte Weise lösen müssen.

Eine entsprechende systemische Politik erkennen wir in der Green Economy Initiative der UN, die im Dezember 2008 in Genua vom UN-Umweltprogramm, der Internationalen Arbeitsorganisation und dem UN-Entwicklungsprogramm gestartet wurde. In ähnliche Richtung zielen die Vorschläge der britischen Green New Deal Group und die deutsche Global Marshall Plan Initiative für eine ökosoziale Marktwirtschaft.²

Die letzten Jahre verzeichneten einen enormen Anstieg ökologisch orientierter Entwicklungen und Projekte, die mittlerweile gut dokumentiert sind. Dazu gehören die weltweite Renaissance der ökologischen Landwirtschaft; die Bildung ökologischer Industrie-Cluster, in denen der Abfall eines Betriebs zur Ressource für einen anderen wird; der Übergang von einer produkt-orientierten Wegwerf-Ökonomie zu einer dienstleistungs-orientierten Kreislauf-Ökonomie, in der industrielle Rohstoffe und technische Bauteile fortwährend zwischen Herstellern und Verbrauchern zirkulieren; Gebäude, die mehr Energie erzeugen als sie verbrauchen, keine Abfallstoffe ausstoßen und ihr eigenes Betriebsverhalten überwachen; Hybridautos, die weniger als 5 Liter auf 100 km

2 Zur Kritik dieser Ansätze vgl. Stefan Kaufmann u. Tazio Müller, *Grüner Kapitalismus. Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums*, hgg. von M.Candeias u. S.Nuss, mit einem kritischen Kommentar von Dieter Klein und einem Beitrag von Victor Wallis zur Agenda des grünen Kapitalismus in den USA, Reihe *einundzwanzig* der RLS, Berlin 2009; Mario Candeias, ›This party is so over...! - Krise, neuer Staatsinterventionismus und Green New Deal, in: ders. u. R.Rilling (Hg.), *Krise. Neues vom Finanzkapitalismus und seinem Staat*, Dietz, Berlin 2009, 10-37

verbrauchen; und ein enormer Zuwachs an Windenergie, der oberhalb der optimistischsten Prognosen liegt. Im Zuge der Entwicklung von Hybridantrieb und Windparks könnten die Autos der Zukunft tatsächlich im Wesentlichen mit Windenergie betrieben werden.

Diese ökologischen Technologien und Projekte berücksichtigen die Grundprinzipien der Ökologie und weisen folglich einige charakteristische Gemeinsamkeiten auf. Sie sind tendenziell kleinmaßstäbliche Projekte mit großer Vielfalt, energieeffizient, nicht verschmutzend und gemeinschaftsorientiert. Am wichtigsten ist, dass sie arbeitsintensiv sind und somit viele Arbeitsplätze schaffen. Das Potenzial zur Schaffung lokaler Arbeitsplätze durch Investitionen in grüne Technologien, die Wiederherstellung von Ökosystemen und den Umbau unserer Infrastrukturen ist riesig – diese Tatsache wurde von US-Präsident Obama klar erkannt, der zusammen mit dem Kongress begonnen hat, diese Ideen mittels des US-Konjunkturprogramms von 2009 (American Recovery and Reinvestment Act) in die Realität umzusetzen.

Ein detaillierter Fahrplan zur Umstellung von quantitativem auf qualitatives Wachstum, um Lösungen der globalen Krise zu finden, die ökologisch nachhaltig und sozial gerecht sind, würde den Rahmen dieses Essays sprengen. Dennoch können einige entscheidende Schritte benannt werden:

- Konzepte qualitativen Wachstums müssen von multi-disziplinären Arbeitsgruppen weiter entwickelt werden. Entsprechend müssen die neuen, breiter angelegten sozialen und ökologischen Indikatoren eingesetzt werden. Dies erfordert politischen Willen, öffentlichen Druck und breite Lernprozesse.
- Die Steuersysteme müssen so umgebaut werden, dass Arbeit entlastet und umweltzerstörerische Aktivitäten belastet werden, so dass alle ökologischen Kosten in den Marktpreisen ›internalisiert‹ sind. Solche ›grünen Steuern‹ werden in vielen Ländern eingeführt. Sie sollten eine CO₂-Steuer und eine Benzinsteuern umfassen, die schrittweise angehoben werden können in dem Maße wie Lohn- und Einkommensteuer gesenkt werden.
- Darüber hinaus müssen diejenigen Produktionsprozesse und Dienstleistungen identifiziert werden, die ökologisch zerstörend wirken und die folglich auslaufen sollten. Gleichzeitig sollte die

Angebotspalette um grüne Produkte und Dienstleistungen bereichert werden.

- Das internationale Finanz- und Geldsystem muss dringend reformiert werden.

- Diese Reformen sind oftmals mit einem Bewusstseinswandel von einer Produkt- hin zu einer Dienstleistungsorientierung und ›Entmaterialisierung‹ unserer produktiven Ökonomien verknüpft. Ein Automobilunternehmen etwa sollte begreifen, dass sein Geschäft nicht unbedingt darin liegt, Autos zu verkaufen, sondern darin, Mobilität zu ermöglichen – was z.B. auch durch die Produktion von mehr Bussen und Bahnen und die Neugestaltung unserer Städte erreicht werden kann. Ebenso sollten alle Staaten, v.a. die USA, begreifen, dass die Bekämpfung des Klimawandels die dringlichste Sicherheitsfrage ist. Die Obama-Regierung sollte demgemäß den Haushalt des Pentagons kürzen, während die Gelder zum Aufbau der neuen ›grünen‹ Ökonomie aufgestockt werden sollten.

- Auf der individuellen Ebene findet ein entsprechender Bewusstseinswandel statt von der Befriedigung durch stofflichen Konsum hin zur Befriedigung durch und in menschlichen Beziehungen und Gemeinschaften. Solche Wertverschiebungen werden mittlerweile von vielen zivilgesellschaftlichen Gruppen vorangetrieben. Ein Vorschlag zur pauschalen Senkung der steuerlichen Absetzbarkeit von Unternehmenswerbung zielt darauf ab, Werbung angemessen zu reduzieren ohne die Rechte auf Meinungs- und Informationsfreiheit zu gefährden.

Jenseits der Ökonomie

Die Umstellung von quantitativem auf qualitatives Wirtschaftswachstum wird neue Industriezweige wachsen und andere schrumpfen lassen. Die standardmäßige Einführung von Vollkostenrechnung, Ökobilanzen sowie sozialer, ökologischer und ethischer Wirtschaftsprüfung wird es erlauben zu erkennen, welche Produktionsprozesse ausgeweitet und welche eingestellt werden sollten. Jede ernsthafte Anstrengung in dieser Richtung lässt klar zu Tage treten, dass die großen Probleme unserer Zeit – Energie, Umwelt, Klimawandel, Ernährungssicherheit und finanzielle Sicherheit – nicht isolierbar sind. Es sind systemische Probleme, d.h. sie sind alle miteinander verbunden und voneinander abhängig.

Die globale Transformation zur Nachhaltigkeit ist kein konzeptionelles und auch kein technisches

Problem mehr. Er ist ein Problem der Werte, des politischen Willens und veränderter gesellschaftlicher Verhältnisse.

Aus dem Englischen von Oliver Walkenhorst

Wie wir am Wachstum scheitern. Die Grenzen des Kapitalismus

Andreas Exner

Zweck kapitalistischer Produktion ist der Profit. Geld wird investiert, um Arbeitskraft und Produktionsmittel zu kaufen. Der Verkauf der damit produzierten Waren ergibt einen Mehrwert, der sich in Profit, Dividende, Zins und Rente aufspaltet. Gesamtgesellschaftlich gesehen ist seine Quelle unbezahlte Mehrarbeitszeit, jene Zeit also, die über die für den Lebensunterhalt der Arbeitenden notwendige Arbeitszeit hinausgeht.

Der Kapitalismus ist die einzige Produktionsweise, in der sich die Menschen primär als Geld- und Warenbesitzende gegenüber treten. Geldwirtschaft und Kapitalismus sind Synonyme. Die Geldwirtschaft ist Folge einer Gesellschaftsform, in der Menschen nicht direkt und gleichberechtigt darüber kommunizieren, was sie brauchen und herstellen wollen.

Kapitalistische Produktionsweise bedeutet Produktion für einen gesellschaftlichen Bedarf. Diese erfolgt jedoch in privater Form. Der Widerspruch zwischen gesellschaftlichem Charakter der Produktion und fehlender Absprache der Produzierenden löst sich im Geld. Unser sozialer Zusammenhang trennt sich von uns und erscheint als fremde Macht, als Geld. Wir projizieren ihn in unsere Produkte, die deshalb als ›Sachzwang‹ auf uns zurückwirken.

Drang und Zwang zum Wachstum

Das Geld verkörpert abstrakten Wert. Es ist ein ›allgemeiner Reichtum‹, das heißt, es kann alles aneignen; andererseits kann sich etwas nur aneignen, wer über Geld verfügt. Geld ist deshalb das wichtigste Produkt jeder Tätigkeit in einer Geldwirtschaft, mehr Geld ist besser als weniger Geld oder bloße Kostendeckung.

Weil sich Geld im Ganzen betrachtet nur durch Warenproduktion vermehrt – und Warenproduktion immer noch überwiegend stoffliche Güter hervorbringt –, geht Kapitalakkumulation immer mit wachsendem Verbrauch von Stoffen und Energien einher. Wachstumsdrang und -zwang resultieren dabei aus den Eigenschaften des Geldes selbst:

Erstens ist der Wert, der sich im Geld darstellt, völlig abstrakt; er befriedigt kein konkretes, sinnliches Bedürfnis. Mit 100 Euro 100 Euro zu machen ist deshalb sinnlos. An sich selbst findet das Geld jedoch keine Schranke. Mit 100 Euro kann man 1.000 Euro machen usw.

Zweitens stehen Menschen, die sich über das Geld in Beziehung setzen, in Konkurrenz zueinander. Wer sein Einkommen oder seinen Profit nicht maximiert, hat ein höheres Risiko, vom Markt zu verschwinden. Die Konkurrenz erzwingt also die Kapitalakkumulation.

Dieser Zwang ist auch die Basis für den Wachstumspakt zwischen Kapital und Arbeit. Denn nur rentable Betriebe schaffen Arbeitsplätze und Einkommen. Auch der Staat sichert und fördert das Kapitalwachstum, weil seine Steuereinnahmen und Legitimität davon abhängen. Aus diesem Grund ist der Staat Teil des ökologischen Problems und nicht Teil der Lösung.

Langfristige Wachstumszyklen

Langfristig betrachtet wechseln im Kapitalismus produktive und finanzielle Expansionsphasen miteinander ab (Arrighi 1994). Während einer produktiven Expansionsbewegung wie nach dem Zweiten Weltkrieg wird Profit vor allem in der Warenproduktion realisiert. Mit der Zeit erschöpfen sich die Möglichkeiten, die akkumulierte Masse von Profit auf diesem Weg weiter mit derselben Rate zu vermehren. Es existiert dann ein Übermaß an Kapital im Verhältnis zu den Möglichkeiten der rentablen Reinvestition. Ende der 1960er Jahre zeigte sich diese Überakkumulation in weltweit sinkenden Profitraten.

Solche Expansionsphasen finden immer unter der Hegemonie einer Weltmacht statt – in der Phase nach dem Zweiten Weltkrieg waren das die USA. Die Hegemonialmacht reguliert das kapitalistische Welt-System und generiert eine relative internationale Stabilität. An den Grenzen der materiellen Expansion bauten alle bisherigen Hegemonialmächte eine finanzielle Vormacht auf, so auch die USA seit den 1970er Jahren.

Finanzielle Ansprüche in Form von Besitztiteln auf Profite und Steuerflüsse übersteigen im Verlauf der finanziellen Expansionsphase die Investitionen in der Warenproduktion immer mehr. Die finanziellen Ansprüche laufen dem Umfang der Profitmasse, die der Warenproduktion in absehbarer Zeit entspringen kann, immer weiter voraus. Werden diese Ansprüche aus Angst vor

Verlusten einmal geltend gemacht, wird schlagend, dass die reelle Masse an Profit sie nicht befriedigen kann. Es kommt zur Krise.

In dieser Situation befinden wir uns jetzt. Die USA haben seit den 1980ern quasi auf Pump gelebt. Das ermöglichte nicht zuletzt Europa und Südostasien, ihre Waren abzusetzen. Dieser globale Wachstumsmotor war also fast ausschließlich schuldenfinanziert. Seit 2007 werden die angehäuften finanziellen Ansprüche vermehrt geltend gemacht und die Sicherheiten für Kredite brechen weg. Da die Profitmasse, die der Ausbeutung von Arbeitskraft entstammt, nicht für alle Ansprüche darauf ausreicht, setzt eine massive Kapitalvernichtung ein.

Die ökologische Krise des Kapitals

Zugleich entfaltet sich ein ökologischer Krisenstrang, der aus der bereits sichtbaren Verknappung fossiler und metallischer Ressourcen resultiert. Mit zunehmender Verknappung von Ressourcen steigt der Kapital- und Arbeitsaufwand, um sie zu fördern, zu reinigen, zu transportieren und zu verarbeiten. Weniger die absolute Verfügbarkeit, das heißt z.B. die Gesamtmenge Erdöl, die weltweit gefördert werden kann, ist hier das Problem. Entscheidender ist der Punkt, ab dem die Fördermenge pro Jahr unaufhaltsam sinkt und der Energie- und Arbeitsaufwand für die Gewinnung einer bestimmten Energiemenge steigt, der Nettoenergieertrag also sinkt. Bei Erdöl ist dieser Peak Oil genannte Punkt vielleicht schon erreicht, bei Erdgas und Kohle ist er um 2025 zu erwarten (www.energiekrise.de).

Gesamtgesellschaftlich würde dies zur Folge haben, dass der Arbeitsaufwand für die Herstellung der Produktionsmittel und den Lebensstandard der Lohnabhängigen steigt. Die Kapitalkosten steigen, die für den geltenden warenförmigen Lebensstandard nötige Arbeitszeit nimmt zu, der Anteil der Mehrarbeit fällt. Masse und Rate des Profits gehen zurück, was die Akkumulation verlangsamt. Arbeitslosigkeit und Verelendung wären die Folge.

Drei Krisentendenzen sind somit absehbar (Exner u. Lauk 2008): *Erstens* wird das Kapital versuchen, den warenförmigen Lebensstandard der Lohnabhängigen abzusenken. Je weniger sie für sich produzieren, desto mehr Arbeitszeit kann in Form von Profit abgeschöpft werden.

Zweitens wird die Ressourcenverknappung relativ wettbewerbsschwache Kapitalien nicht nur

entwerten, sondern dauerhaft vom Markt entfernen. Da sich die Knappheit fortschreitend intensiviert, solange der Konsum nicht auf Null zurückgeht, wird diese ›Bereinigung‹ vielleicht zu kurzen Mikrobooms, aber nicht zu einem neuen großen Aufschwung führen.

Drittens wird schlagend, dass der Übergang zu einem erneuerbaren Energie- und Stoffsystem auf absehbare Zeit selbst auf nicht-erneuerbare Ressourcen angewiesen ist. Ab einem gewissen Punkt der Erschöpfung von Ressourcen ist es physisch unwahrscheinlich, ein auch nur annähernd so hohes Konsumniveau wie heute auf erneuerbarer Basis zu erreichen. Die dafür nötigen nicht-erneuerbaren Ressourcen sind verbrannt oder stecken in Infrastrukturen fest.

Green New Deal: eine gefährliche Illusion

Die Idee des Green New Deal ist deshalb naiv. Ökologisch gesehen ist er nicht akzeptabel, weil die erste Aufgabe einer ökologischen Transformation darin bestehen muss, einen großen Teil der Weltwirtschaft ersatzlos still zu legen. Die aktuelle Kapitalvernichtung müsste also noch beschleunigt erfolgen ohne dass ein erneuter Nettokapitalaufbau sie kompensiert. Politisch gesehen ist ein solcher ›Deal‹ nicht akzeptabel, weil er Ressourcen für den Ökoubau zugunsten des globalen Nordens monopolisieren muss.

Der Green New Deal will im Sinne einer Ökologisierung Effizienzsteigerung und erneuerbare Energien forcieren ohne den Kapitalismus anzugreifen. Doch ist die Effizienzsteigerung dem Kapital inhärent, weil sie Kosten reduziert. Kostenersparnis aber vermehrt die investiven Mittel für eine Produktionsausweitung, weshalb Effizienz im Kapitalismus ineffektiv ist.³

Der Umstieg auf erneuerbare Energie- und Stoffsysteme benötigt große Flächen (Agrofuels, Nawaros); seltene Metalle für Speichertechnologien und große Backup-Kapazitäten (Solar- und Windkraft); ganz allgemein viele Ressourcen, die sich in den hohen Kapitalkosten der erneuerbaren Technologien niederschlagen. Die Kapitalkosten steigen noch, wenn nicht-erneuerbare Vorleistungen sich verteuern. Selbst wenn ein solcher Umbau gelingt, so würde er der Kapitalakkumulation kaum mehr Spielraum lassen. Keinesfalls aber deckt er einen so hohen

³ Red.: Zu Fragen ist, ob, sofern Effizienzgewinne Kosten reduzieren, zugleich aber die Kosten für Ressourcen aller Art steigen oder administrativ angehoben werden, nicht weniger Mittel zur Produktionsausweitung zu Verfügung stehen? Dies berührt allerdings den Kern kapitalistischer Produktionsweise.

Ressourcenbedarf wie vor der Krise (Exner u.a. 2008, Li 2008).

Freizeit-Genuss statt Sinnlos-Produktion

Eine Alternative muss vor allem anderen erlauben, einen großen Teil der Produktion ersatzlos stillzulegen und diesen Zugewinn an freier Zeit als einen Freiheitsgewinn für alle verfügbar zu machen. Die erste Voraussetzung dafür ist, die soziale Anerkennung vom Besitz eines Arbeitsplatzes zu entkoppeln. Zugleich muss der Wohlstand vom Kapital entbunden werden, indem möglichst alle Güter und Dienste öffentlich und frei zugänglich werden. Ein tragfähiger Wohlstand erfordert auch, die Verselbstständigung des Konsums aufzuheben, indem die Produzierenden ihre Produktion selbst verwalten und damit auch ihren Konsum.

Die Trennung zwischen Politik und Ökonomie ist eine Kernstruktur des Kapitalismus. Sie wird überwunden, wenn funktionell gestaffelte und egalitär ausgestaltete Gremien bewusster Entscheidungsfindung und Stoffwechsel-Steuerung den verselbstständigten Charakter der Ökonomie ebenso wie die Politik ersetzen. Dieser Prozess muss zugleich im und gegen den Staat verlaufen. Je stärker wir Ökonomie und Politik, Arbeit und Freizeit, Produktion und Konsum in seinem Verlauf integrieren, desto mehr wird der Kapitalismus zur Vergangenheit (Exner u.a. 2008, Trainer 2007, www.keimform.de).

Konkrete Elemente einer Perspektive

Die Schwierigkeiten einer solchen Transformation wurzeln darin, dass die Reproduktion der Individuen die Reproduktion der Formen, in denen sich ihr gesellschaftlicher Stoffwechsel bewegt, voraussetzt. Der Formzwang verdichtet sich in der Lohnabhängigkeit, der Notwendigkeit, sich dem Kommando des Kapitals (oder des Staatsapparats) zu unterwerfen, um am Warenuniversum teilzuhaben. Sein Pendant ist das Fehlen alternativer Strukturen der Reproduktion und der für ihr Funktionieren notwendigen Subjektivitäten.

Nicos Poulantzas hat in seiner *Staatstheorie* (1977) die Verbindung aus zunehmender Selbstverwaltung und Kämpfen auf dem Terrain des Staates und gegen seine autoritäre Wendung (die im aktuellen Krisenverlauf wieder zu erwarten ist), als den Weg der „radikalen Transformation“ des Staates beschrieben, die er in die „Globalperspektive des Absterbens des

Staates“ stellt. Überlegungen, wie Selbstverwaltung als Kern genossenschaftlicher Produktionsweisen zum Ansatzpunkt einer radikalen Transformation werden kann, erhalten erneut Aktualität vor dem Hintergrund der Bewegungen für eine Solidarische Ökonomie, die sich in den letzten Jahren, ausgehend von Lateinamerika verstärkten.

So zeigt etwa das Beispiel Brasiliens, dass soziale Bewegungen zu Veränderungen im Staatsapparat führen können, die in die von Poulantzas angedeutete Richtung weisen – in Brasilien (bei allen Begrenzungen und Schwierigkeiten) durch die Einrichtung eines Staatssekretariats für Solidarische Ökonomie, das diese unterstützt. Darüberhinaus fördert die Verknüpfung mit universitären und gewerkschaftlichen Institutionen eine expansive Dynamik dieser Wirtschaftsweise.

Zentrales Moment einer Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise ist die schrittweise Vergenossenschaftlichung der Produktionsmittel und die Entwicklung übergreifender, demokratischer Zusammenhänge der Regulierung des gesellschaftlichen Stoffwechsels. Dass Solidarische Ökonomie tatsächlich in diese Richtung weisen könnte, zeigt sich in der Debatte um die Ausweitung solidarökonomischer Produktionsketten. Darunter wird eine Form des Stoffwechsels zwischen solidarökonomischen Betrieben verstanden, die zumindest teilweise die Marktbeziehung überschreitet und die egalitär-kooperativen Potenzen der solidarökonomischen Zusammenhänge für ihre wechselseitige Unterstützung und weitere Expansionsbewegung fruchtbar machen würde. Wo Genossenschaftsverbände und vergleichbare institutionelle Ankerpunkte existieren, fände ein solcherart bewusst regulierter, solidarökonomischer Binnen-Stoffwechsel grundsätzlich gute Bedingungen vor – vorausgesetzt die Herausforderung wird von den Akteuren auch erkannt.

Versorgungseinbrüche und Angriffe auf verbliebene soziale Sicherheiten werden im Krisenverlauf zunehmen. Die offensive Ausweitung ›kollektiver Produktionsautonomien‹ ist schon allein deshalb ein wichtiges Element jeder Gegenbewegung. Sie kann zudem indirekt die Transformation der Lohnarbeitsverhältnisse und des Staates vorantreiben, indem sie Arbeitskämpfe ebenso wie Kämpfe um eine allgemeine und bedingungslose soziale Sicherung ermöglicht, die andernfalls aufgrund fehlender Subsistenzmöglichkeiten und kooperativer Fähigkeiten an enge Grenzen

stoßen dürften.

Zur Produktionsautonomie gehören der Aufbau von Strukturen lokaler, vom Weltmarkt unabhängiger Nahrungsmittelproduktion (Ernährungssouveränität), wie sie etwa Gemeinschaftsgärten und Erzeuger-Verbraucher-Initiativen illustrieren, die seit einigen Jahren an Bedeutung gewinnen; die Entwicklung von Energiegenossenschaften auf Basis erneuerbarer Energie; Übernahmen von für die Daseinsvorsorge und allgemeinen Produktionsgrundlagen wesentlichen Betrieben durch die Belegschaften; die Neuorganisation ›reproduktiver‹ Tätigkeiten der ›Haushalte‹, die aus ihrer Trennung von der ›Produktion‹ zu lösen sind, indem sie kollektiviert und demokratisiert werden, während patriarchale Geschlechterverhältnisse abgebaut werden.

Entscheidend wäre in der Folge, die Selbstorganisation der aus der Verwertung herausfallenden oder emigrierenden Menschen und Lebensbereiche zum Einen gegen Angriffe des Staates zu schützen, wofür der Aufbau von ›Brückenköpfen‹ in seinen Apparaten von dringlicher Bedeutung ist; zum Anderen aber eine offensive Strategie der Verwandlung staatlicher Apparate in Institutionen demokratischer Selbstorganisation, entlang des Expansionsrhythmus der Produktionsautonomien breiter Massen, zu forcieren. Nur so kann sich das Verhältnis zwischen dem nicht-kapitalistischen Sektor und der vorerst weiter existierenden kapitalistischen Produktionsweise deutlich zugunsten des ersteren verschieben und die Solidarische Ökonomie, anstatt zum Moment staatlich-kapitalistischer Krisenbewältigungsstrategien zu verkommen, die Hegemonie des Kapitals ansatzweise zu zersetzen.

Literatur

Arrighi, Giovanni, *The Long Twentieth Century. Money, Power, and the Origins of Our Times*, Verso, London 1994

Exner, Andreas, u. Christian Lauk, Die ökologische Krise des Kapitals, *Streifzüge* 44, 2008, www.streifzuege.org

dies, u. Konstantin Kulterer, *Die Grenzen des Kapitalismus. Wie wir am Wachstum scheitern*, Ueberreuter, Wien 2008, www.social-innovation.org

Li, Minqi, *The Rise of China and the Demise of the Capitalist World-Economy*, Pluto Press, London 2008

Trainer, Ted, *Renewable Energy Cannot Sustain a Consumer Society*, Springer, Berlin 2007,
<http://ssis.arts.unsw.edu.au/tsw/>

Poulantzas, Nicos, *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*, VSA,
Hamburg 1977/2002

Bedürfnisse und Wachstum. Sozialökologisch umsteuern

Sabine Reiner

Die gegenwärtige Krise ist eine Krise von historischem Ausmaß. Und nicht nur das – sie ist eine Krise x-facher Dimension: Finanzmarktkrise, Wirtschaftskrise, Konjunkturkrise, Krise der vorherrschenden Wirtschaftswissenschaft, Krise der Wachstumsmodelle, Überakkumulations- und/oder Unterkonsumtionskrise, Immobilienkrise, Rohstoffkrise, Nahrungsmittelkrise, Klimakrise. Soviel Krise jedenfalls, dass völlig klar scheint, mit kleinen Schritten und zu kurz greifenden Konzepten ist nichts zu retten, alles muss jetzt ganz anders gehen. Als zu kurz greifend gelten etwa die mit dem Namen Keynes verbundenen Konzepte, die an einer Steuerung der gesamtgesellschaftlichen Nachfrage ansetzen. Auch gewerkschaftlichen Forderungen wie dem ver.di-Vorschlag für ein drittes Konjunkturpaket⁴ wird häufig unbesehen eine einseitige Orientierung an Wachstumsstimulierung unterstellt, obwohl sie eindeutig qualitativ ausgerichtet sind und an Bedürfnissen von Menschen ansetzen.

Die Perspektive von Keynes

In einem kurzen Papier beschreibt Keynes 1943 seine Erwartungen über Entwicklungsphasen des Kapitalismus in der Nachkriegszeit und gibt Hinweise für wirtschaftspolitische Maßnahmen.⁵

In einer ersten Phase von vielleicht fünf Jahren werde „der Investitionsanreiz, falls unkontrolliert“ größer sein als das „Sparniveau bei fehlender Bewirtschaftung und fehlenden anderen Kontrollen“. Inflationäre Tendenzen wären die Folge. Keynes hielt es für wünschenswert, zunächst dem Konsum Vorrang zu geben und vorerst nur dringende Investitionen zu genehmigen. Das richtige Verhältnis zu finden, werde aber ein „heikles Geschäft“. In einer zweiten Phase werde die Investitionsnachfrage ungefähr dem gesamtgesellschaftlichen Sparniveau entsprechen. Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik sei dann, wirtschaftliche Fluktuationen auszugleichen, indem „öffentliche oder halböffentliche Körperschaften“ mehr oder weniger investieren. Die Länge

⁴ *Sozialökologisch umsteuern - solidarisch finanzieren*. Vorschläge der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) für ein drittes Konjunkturpaket, April 2009

⁵ John Maynard Keynes, *Das Langzeitproblem der Vollbeschäftigung*, in: Norbert Reuter, *Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität*, 2. Auflage, Marburg 2007

dieser Phase sei schwieriger zu prognostizieren, vielleicht fünf bis zehn Jahre, bevor sie allmählich in die dritte übergehe. In dieser Phase sei die Investitionsnachfrage soweit gesättigt, dass sie ohne „verschwenderische oder unnötige Unternehmungen“ nicht mehr auf das gewünschte Sparniveau der Gesellschaft angehoben werden könne. Dann werde es notwendig, „sinnvollen Konsum zu fördern, Sparen zu missbilligen – und einen Teil des unerwünschten Überangebots durch vermehrte Freizeit zu absorbieren, mehr Urlaub (welches ein wunderbar angenehmer Weg ist, Geld loszuwerden) und kürzere Arbeitszeiten“.

Wachstumsfetischismus ist genau die falsche Unterstellung an die Adresse von Keynes. Im Gegenteil: Er macht sich Gedanken, wie Wachstum am angenehmsten auszubremsen ist. Produktivitätsfortschritt und die zunehmende Befriedigung von Bedürfnissen machen es möglich. Schon 1930 schrieb er unter dem schönen Titel „Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder“: „Wenn das Kapital um, sagen wir zwei Prozent pro Jahr wächst, wird sich die Kapitalausstattung der Welt in 20 Jahren um die Hälfte vergrößert haben, und siebeneinhalbmal in 100 Jahren. Stellen Sie sich das einmal in Form stofflicher Dinge vor – Häuser, Transportmittel und ähnliches.“

Die „Entdeckung von Mitteln zur Einsparung von Arbeit“ werde allerdings schneller voranschreiten „als unsere Fähigkeit, neue Verwendung für Arbeit zu finden.“ Die Perspektive für die Enkelkinder: „Wir werden mehr Dinge für uns selber tun können, als es bei den Reichen heute üblich ist“. Wir sollten uns, so Keynes, aber bemühen, die Arbeit, die noch zu tun ist, soweit wie möglich zu verteilen. Ganz konkret: Drei-Stunden-Schichten und eine Fünfzehn-Stunden-Woche sah er als Perspektive für die absehbare Zukunft.⁶

Keynes und Klassenbewusstsein

Bei Keynes entsteht eine solche Perspektive für die Enkelkinder nicht aus dem krisenhaften wirtschaftlichen Zusammenbruch, die Gesellschaft wächst, vernünftig gesteuert, vielmehr in die dritte Entwicklungsphase oder ein „goldenes Zeitalter“ hinein. Bekanntlich wurde daraus nichts. Investitionsnachfrage und damit der längerfristige Wachstumstrend nahmen zwar ab. Aber seit

⁶ John Maynard Keynes, *Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder*, in: Norbert Reuter, a.a.O.

den 1970er Jahren wurden zunehmend keynesianische Rezepte für die krisenhafte wirtschaftliche Entwicklung verantwortlich gemacht. Regulierende wirtschaftspolitische Maßnahmen wurden bestenfalls als wirkungslos, in der Regel aber als schädlich definiert, die Revitalisierung der Marktkräfte sei der beste Weg zu mehr Wachstum und Beschäftigung. Die hohen Steigerungsraten von Wachstum und Produktivität der 1950er und 60er Jahre waren dennoch Vergangenheit. Sie wurden nur noch in einzelnen Jahren oder zeitweise in einzelnen Branchen auf Kosten von anderen erreicht. Statt sanft und freiwillig in ein ›goldenes Zeitalter‹ mit mehr oder weniger stagnierenden Wachstums- und Profitraten hinüberzugleiten, verteidigten Unternehmen und Vermögende sowie ihre politische Lobby durch eine rigorose Umverteilungspolitik und massiven Druck auf Gewerkschaften ihre Ansprüche am langsamer wachsenden Kuchen.

Nachhaltig konnte diese Entwicklung auf Dauer nicht sein. Sie hat schon in der Vergangenheit zu einer ganzen Reihe von Krisen geführt, die in der jüngsten Weltwirtschafts- und Finanzmarktkrise ihre Zuspitzung erfahren. Dafür sind mehrere längerfristige Entwicklungstendenzen ursächlich. Die Umverteilung von unten nach oben weltweit und innerhalb einzelner Länder setzte in den kapitalistischen Industrieländern mit der nachlassenden Wachstums- und Investitionsdynamik seit Ende der 1960er ein. Sie hat die Grundlage für das Aufblähen der Finanzmärkte gelegt sowie Bedürfnisse und zahlungsfähige Nachfrage zunehmend auseinanderklaffen lassen, was die Wachstumsmöglichkeiten der sog. Realwirtschaft noch weiter einschränkte. Hinzu kamen seit der Jahrtausendwende Schuldenkreisläufe, die durch stark zunehmende globale Ungleichgewichte zwischen Ländern mit hohen Exportüberschüssen und solchen mit Defiziten befördert wurden. Die politisch vorangetriebene Deregulierung der Finanzmärkte schließlich tat das übrige, um Spekulation und Blasenbildung so richtig in Gang zu bringen.⁷

Sozialökologisch umsteuern – kleine Schritte, auch die gibt es nicht geschenkt

In der gegenwärtigen Situation droht eine anhaltende Entwicklung von Stagnation oder schwachem Wachstum mit hoher Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig steigt die Anzahl der Menschen,

⁷ Vgl. ausführlicher: ver.di Bereich Wirtschaftspolitik, *Solidarisch aus der Krise. Zwei Millionen Arbeitsplätze. Profiteure zur Kasse*, Mai 2009, www.wipo.verdi.de

die elementare Bedürfnisse – essen, wohnen, nicht frieren – nicht oder nicht ausreichend befriedigen können. Von Bedürfnissen nach Anerkennung in Gesellschaft oder Beruf, Bildung, Kultur gar nicht erst zu reden.

Ziel der gewerkschaftlichen Vorschläge für eine Antikrisenpolitik ist, die Menschen und ihre Bedürfnisse in den Mittelpunkt zu stellen und nicht das Marktinteresse und die Gewinninteressen einiger Weniger. Eine Debatte über Grenzen des Wachstums, die die Bedürfnisse der Menschen nicht berücksichtigt, läuft dabei ins Leere, schlimmer noch: sie kann Resignation und politischer Hilflosigkeit Vorschub leisten.

Unbestritten ist, dass energie-, ressourcen- und emissionsintensives Wachstum an Grenzen stößt. Offensichtlich ist auch, dass materielle Bedürfnisse mit zunehmender sozialer Sicherheit und gesellschaftlichem Wohlstand in den Hintergrund treten. Das zeigen nicht zuletzt gewerkschaftliche Kämpfe für Arbeitszeitverkürzung und Einfluss auf Arbeitsinhalte. Diese Kämpfe sind aber viel schwieriger zu führen, wenn die Angst vor Arbeitsplatzverlust für viele in den Vordergrund rückt. Wenn ein immer weiter um sich greifender Niedrig- und Hungerlohnsektor die Realität ist. Und wenn die Krise von Politik und Arbeitgebern dazu genutzt wird, die Verteilungskämpfe weiter zu verschärfen.

In dieser Situation hat ver.di ein drittes Konjunkturpaket im Umfang von 100 Milliarden Euro gefordert, das die konkreten Arbeits- und Lebensbedingungen von Menschen verbessert, das Wirtschaftswachstum stabilisiert und neue Wachstumsimpulse auslöst. Außer in arbeitsmarktpolitische Sofortmaßnahmen soll der Großteil der Mittel für Investitionen in Sachausgaben und ausdrücklich auch Personal fließen – vor allem mehr Personal für Bildung und Kinderbetreuung, aber auch in Krankenhäuser und Altenpflege und in die ökologische Modernisierung des Verkehrs. Berechnungen zeigen, dass dadurch zwei Millionen Arbeitsplätze geschaffen und gesichert werden können. Die Bedarfe in diesen Bereichen sind unbestritten. Sie sind aber auch dauerhaft. Deshalb ist das Konjunkturpaket auch als Einstieg in ein Programm mit dauerhaft höheren Ausgaben in diesen Bereichen zu verstehen. Ein solches Programm finanziert sich durch seine Wachstums- und Beschäftigungseffekte zu rund 50 Prozent selbst. Zur zusätzlichen Finanzierung wird eine höhere Besteuerung der Profiteure von Umverteilung und der

Verursacher der Krise vorgeschlagen.

Voraussetzung für eine Umkehr und eine nachhaltige Entwicklung ist außerdem, die Umverteilung von unten nach oben zu stoppen und wieder eine gleichmäßigere Verteilung zu gewährleisten. Dazu müssen die Löhne und der Sozialstaat gestärkt werden. Hierzulande heißt das, Befristungen, Leiharbeit und Minijobs massiv zurückzudrängen, endlich den gesetzlichen Mindestlohn von wenigstens 7,50 Euro pro Stunde einzuführen, das Arbeitslosengeld II zu erhöhen und wieder einen wirksamen Zumutbarkeitsschutz für Jobs zu garantieren. Mehr öffentliche Ausgaben in den genannten Bereichen und eine gerechtere Verteilung würden Erwerbschancen und Einkommen insbesondere auch von Frauen verbessern. Außerdem würden sowohl die inländische Nachfrage wie die Nachfrage nach Importgütern gestärkt. Deutschland würde so einen Beitrag leisten, um die Kluft zwischen Im- und Exporten und damit das Ungleichgewicht im Außenhandel abzubauen.

Diese Vorschläge verstehe ich ausdrücklich auch dahingehend, einen Diskussionsprozess über die Verbesserung von Arbeits- und Lebensbedingungen anzuregen: Welche Vorstellungen und Wünsche haben Menschen, welche Leistungen erwarten sie als öffentliche Angebote, was also soll staatlich, was privat oder solidarisch organisiert sein, und wie könnte dies dann organisiert sein? Wie stellen wir uns die Verteilung von Erwerbsarbeitszeit, Zeit für Familie, Freunde, gesellschaftliches Engagement oder Muße vor? Ein solcher Diskussionsprozess selbst könnte Menschen motivieren, sich engagiert und selbstbewusst für ihre Interessen einzusetzen. Zu diesen Interessen gehört auch, da bin ich mir sicher, die Lebensgrundlagen auf dem Planeten zu erhalten und Einfluss auf gesellschaftliche Entwicklungsprozesse zu nehmen statt dies dem blinden Wirken der Peitsche von Wettbewerb und Profit zu überlassen.

Autoren

Fritjof Capra Physiker und Systemtheoretiker. Gründungsdirektor des Center for Ecoliteracy in Berkeley/Kalifornien. V: Verborgene Zusammenhänge (2002); Lebensnetz (1996); Steering Business Toward Sustainability (Mithg., 1995); EcoManagement (Mitverf., 1993).

Hazel Henderson entwickelte zusammen mit der Calvert Group die Calvert-Henderson Quality of Life Indicators, die dem Organisationskomitee der ›Beyond GDP‹-Konferenz im EU-Parlament (2007) zur Verfügung gestellt wurden. Sie hielt die Eröffnungsrede der Green Economy Initiative

der UN, die im Dezember 2008 in Genua vom UN-Umweltprogramm, der Internationalen Arbeitsorganisation und dem UN-Entwicklungsprogramm gestartet wurde. V: Ethical Markets: Growing the Green Economy (2006).

Andreas Exner ist Ökologe und arbeitet als freier Publizist in Wien. Er engagiert sich unter anderem bei Attac und im Social Innovation Network (www.social-innovation.org), wirkt im Umkreis der Gruppe Krisis und der Zeitschrift *Streifzüge*. V: Gemeinsam mit Christian Lauk und Konstantin Kulterer, *Die Grenzen des Kapitalismus. Wie wir am Wachstum scheitern* (Ueberreuter, Wien 2008).

Sabine Reiner ist Ökonomin. Sie arbeitet in der Abteilung Wirtschaftspolitik beim *verdi* Bundesvorstand, war lange Jahre in der Forschungsgruppe Politische Ökonomie in Marburg aktiv und ist Redakteurin der Zeitschrift *INTERVENTION. European Journal of Economics and Economic Policies*. Sie ist Mitglied des Vorstands der Rosa Luxemburg Stiftung und Mitglied des Rates für radikale Realpolitik – Der Zukunftskommission der RLS. V: *Was ist politisch an der Politischen Ökonomie? Joan Robinsons Beiträge zur Politisierung der ökonomischen Theorie*, Nomos, Opladen 1998

Zum Zusammenhang von ökologischer und ökonomischer Krisen:

aus dem Rat für radikale Realpolitik

Debatte *Green New Deal. Grüner Kapitalismus oder sozial-ökologische Transformation?*, Interventionen von Wolfgang Sachs, Stephan Kaufmann und Tazio Müller sowie Frieder Otto Wolf, in: *luXemburg*, 1.Jg., H. 1, 2009, 141-59,
http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Themen/Rat-Zukunftskommission/GreenNewDeal_Debatte_luXemburg1.pdf

Dellheim, Judith, u. Frieder Otto Wolf, *Die Green New Deals - Positionen von links*, in: Reihe *standpunkte* der RLS 11, Berlin 2009

Kaufmann, Stephan, u. Tazio Müller, *Grüner Kapitalismus. Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums*, hgg. von M.Candeias u. S.Nuss, mit einem kritischen Kommentar von Dieter Klein und einem Beitrag von Victor Wallis zur Agenda des grünen Kapitalismus in den USA, Reihe *einundzwanzig* der RLS, Hg. Dieter Klein, Bd.2, Dietz, Berlin 2009

Klein, Dieter, *Krisenkapitalismus. Wohin es geht, wenn es so weitergeht*, Reihe *einundzwanzig* der RLS, Bd.1, Dietz, Berlin 2008

Schachtschneider, Ulrich, *Green New Deal – Sackgasse und sonst nichts?* Reihe *standpunkte* der RLS 17, Berlin 2009

aus der RLS

Vor dem Klimagipfel. Herrschende Klimapolitik in der Sackgasse? Vier Standpunkte zur UN-Konferenz in Kopenhagen. Reihe *standpunkte* der RLS 18, Berlin 2009, von Christoph Bals, Mona Bricke, Eva Bulling-Schröter/Uwe Witt und Chris Methmann

Brie, Michael, *SIND WIR AUTO?*, in: *luXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis*, 1.Jg., H. 1, 2009, 165-72

Bullard, Nicola, *Gut leben. Abschied von der Macho-Ökonomie*. In: *luXemburg*, 1.Jg., H. 1, 2009,

130-40

Candeias, Mario, »This party is *so* over ...« Krise, neuer Staatsinterventionismus und grüner New Deal, in: ders. u. R.Rilling (Hg.), *Krise. Neues vom Finanzkapital und seinem Staat*. Reihe Texte der RLS 55, Berlin 2009, 10-37,

www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Themen/Nachhaltigkeit/UN-Klimagipfel_09/mc_krise_gnd.pdf

ders., Die Natur beißt zurück. Kapitalismus, ökologische Marktwirtschaft und Krise, in: Rosa Luxemburg Stiftung, *Geschäftsbericht*, Berlin 2007, 38-45; *Arranca* 38/*sulserio* 14, 2008, 7-10

Weiterführendes zu Kapitalismus und Klimapolitik

Alt Vater, Elmar, *Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik*, Münster 2007

ders., u. Achim Brunnengräber, *Ablasshandel gegen Klimawandel? Marktbasierte Elemente in der globalen Klimapolitik und ihre Alternativen*, Hamburg 2008

Brüggen, Willi, Grüner New Deal, in: *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 5, hgg. v. Wolfgang Fritz Haug, Berlin 2001

Brunnengräber, Achim, u. Kristina Dietz, *Das Klima neu denken. Eine sozial-ökologische Perspektive auf die lokale, nationale und internationale Klimapolitik*, Münster 2008

BUKO, *Internationalistische Perspektiven auf den Klimawandel*,

online-Reader, www.buko.info/fileadmin/user_upload/doc/reader/Reader_ASSOE.pdf

Zeitschriften-Schwerpunkte zu ökologischer Krise und Kapitalismus

analyse & kritik, *Klima, Kämpfe, Krise. Die Linke und die sozial-ökologische Frage*, Sonderbeilage, Sommer 2008, mit Bernd Brouns, Ulrike Röhr, Anna Blume, Tazio Müller, Alexis Passadakis, Thomas Fritz, Hendrik Sander, Ulrich Brand, Bettina Köhler, Markus Wissen u.a.

Das Argument 279, *Krise des Kapitalismus - Kritik der gesellschaftlichen Naturverhältnisse*, 50.Jg., 2008, mit Beiträgen von Bettina Köhler, Neil Smith, Victor Wallis, Karl-Hermann Tjaden, Frieder Otto Wolf, Uli Brand, David McNally, Mario Candeias u. Armin Kuhn u.a., 171 Seiten

Das Argument 283, *Klimapolitik/Krisenantworten 1929/30*, 51. Jg. 2009, mit Beiträgen von Larry Lohmann, Miriam Boyer, Ulrike Röhr, Bernd Röttger u.a., 176 Seiten

arranca/sul serio, *Wem gehört der Klimawandel?*, Sommer 2008, mit Tazio Müller, Alexis Passadakis, Mario Candeias, Stefan Thimmel, Hendrik Sander, Julika Schmitz, Chris Methmann, Daniela Setton u.a.

Prokla 156, *Ökologie in der Krise*, 39. Jg., 2009, mit Beiträgen von Christina Dietz, Markus Wissen, Erik Swyngedouw, Christina Bauhardt, Achim Brunnengräber, Lutz Metz, Mycle Scheider, Oliver Pye, Frieder Otto Wolf, Pia Paust Lassen, Gert Peter, Uli Brand u.a.